

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste im Saal und am Bildschirm,

Zu Beginn danke ich Herrn Liebermann, Herrn Krämer, und allen anderen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, sowie allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Der vor uns liegende Haushalt für das Jahr 2022 wird im vorgesehenen Ergebnis ähnlich wie der Haushalt 2021 nur durch den Ansatz der sogenannten Corona- Isolierung ausgeglichen sein.

Das heißt, es wird eine Gegenbuchung zu den Corona bedingten Ausfällen vorgenommen, der allerdings keine tatsächlichen Mittel gegenüberstehen. Sie wird dann in den kommenden Jahren en bloc ausgebucht oder über einen längeren Zeitraum abgeschrieben. Dies ist kein Monheimer Trick, sondern vorgeschrieben, um Kommunen, die ansonsten keine Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt haben, einen Haushaltsausgleich zu ermöglichen. In 2023 wird diese Möglichkeit voraussichtlich nicht mehr bestehen.

Und damit sind wir auch schon bei einem wesentlichen Monheimer Problem:

Wir hätten in Monheim am Rhein durchaus die Chance auf einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt und einen überschaubaren Kreditrahmen gehabt, aber die Mehrheitsfraktion zieht es vor, dass Monheim am Rhein über seine Verhältnisse lebt.

Auch durch die von den Vorjahren abweichende und nach unserem Eindruck korrektere Darstellung im Finanzhaushalt wird dies sehr deutlich.

Im Gesamtfinanzplan für 2020 wurden noch Kredite in Höhe von 615.000€ und für die Folgejahre gar keine Kredite ausgeworfen, dafür erhebliche negative liquide Mittel – für 2020 58 Mio. und bis 2023 kumuliert schon 220 Mio..

Problem ist, dass es keine negativen liquiden Mittel gibt. Fehlende Liquidität wäre die richtigere Bezeichnung.

Im Gesamtfinanzplan 2021 sind dann für 2021 und 2022 immer noch keine Kredite ausgeworfen, für 2023 und 2024 insgesamt 128,5 Mio.. Dafür gibt es dann keine negativen, sondern leicht positive liquide Mittel. Um tatsächlich liquide zu sein, sind also auf einmal durchaus nennenswerte Kredite erforderlich, wobei Mittel für die bereits beschlossenen, aber noch nicht laufenden Maßnahmen nach unserer Kenntnis hier noch nicht vollständig enthalten waren.

Im Nachtrag 2021 kommen dann auch für 2022 noch 66 Mio. Kredite dazu.

Im Gesamtfinanzplan 2022 wird dann erstmals versucht, tatsächlich ausreichende Liquidität für die anstehenden Ausgaben zu sichern – durch eine erhebliche Ausweitung des Kreditvolumens für auf 292 Mio. für 2022 und für 2023 bis 2025 317,5 Mio., insgesamt also ca. 609,5 Mio. € – für die Stadt selbst ohne ihre Töchter, bei denen weitere Kredite in Höhe von ca. 363 Mio zu Buche zu schlagen. Insgesamt also eine knappe Milliarde Euro. Die geplante Kreditaufnahme ist seit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs um 18 Mio. gestiegen. Es besteht nach meiner Einschätzung kein Anlass zu der Annahme, dass es dabei bleiben wird. Den Krediten stehen auch höhere liquide Mittel als in den Vorjahren gegenüber, aber wir brauchen diese Kredite, um die Liquidität für vorgesehene Maßnahmen zu sichern!

Vor einer negativen, um nicht zu sagen dramatischen Entwicklung der städtischen Finanzen haben wir, auch an dieser Stelle, seit Jahren vergeblich gewarnt.

Die Situation ist zweifellos nicht das, was sich Bürgerinnen und Bürger unter Schuldenfreiheit vorstellen.

Dabei wird niemand ernsthaft behaupten, dass Kredite grundsätzlich schlecht sind.

Wenn beispielsweise die Monheimer Wohnen ihre guten und umfangreichen Wohnbaumaßnahmen über Kredite finanziert, kann sie diese ja später über Mieteinnahmen bedienen.

Gute Schulen und Kindergärten erfordern erhebliche, ggfs. kreditfinanzierte Ausgaben, denen naturgemäß keine Einnahmen gegenüberstehen. Es ist unstrittig, dass Investitionen in die Zukunft unserer Kinder erforderlich und sinnvoll sind.

Bei anderen Projekten muss aber die Frage erlaubt sein, ob sie wirklich sein müssen, gerade wenn das Geld z.B. für die o.g. Projekte benötigt wird.

Dies gilt beispielsweise für die Kulturraffinerie 714, die man durchaus für ein reizvolles Projekt halten kann, die wir Grünen aber wegen der erheblichen Kosten, der zusätzlichen Verkehrsbelastung u.a. ablehnen.

Die Kosten für Halle, Parkhaus, Straßen u.a. belaufen sich auf rund 100 Mio. €. Niemand kann erwarten, dass die Halle die Baukosten wieder einspielt – und es ist auch nicht geplant. Wir können froh sein, wenn sie sich auf die Dauer ohne laufende Verluste betreiben lässt. Seriös kann das heute noch nicht berechnet werden – und es hat nach unserer Kenntnis auch noch niemand versucht.

Für das Rathauscenter ist ein verlorener Zuschuss von bis zu 61,6 Mio. für das Monheimer Tor 106,2 Mio. € eingeplant. Der Zuschuss heißt verlorener Zuschuss, weil er durch den Betrieb nie erwirtschaftet werden wird, sondern die Differenz zwischen Kosten und möglichem Erlös abdeckt.

Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Über Sinn und Unsinn sowie die Dimension dieser Vorhaben mag man noch unterschiedlicher Auffassung sein. Wir müssen dabei auch bedenken, dass die ursprünglichen Planungen aus einer Zeit stammen, in der auch die durch Corona bedingten Probleme noch nicht bekannt waren.

Übrigens hatte die Stadt Monheim durch Corona nicht ausschließlich Nachteile, sondern auch Vorteile, da beispielsweise die Ausgleichszahlung für Corona bedingte Steuerausfälle auf Grundlage der Steuereinnahmen von 2019 und nicht der ohnehin geringer kalkulierten von 2020 erfolgte. Die Ausgleichszahlung war also hier wesentlich höher als der tatsächliche Verlust – ein Einmaleffekt.

Tatsächlich sind die Folgen der Pandemie auf unsere Gewerbesteuererinnahmen noch nicht absehbar – ebenso wie weitere Einflüsse wie beispielsweise der Reduzierung des Leverkusener Gewerbesteuer- Hebesatzes auf „unsere“ 250%.

Ich werde heute nicht weiter auf die beschlossene, aber nicht vorhandene Liquiditätsrücklage eingehen, aber ich bin weiter davon überzeugt, dass sie sinnvoll wäre.

Verschlechtert wurde die finanzielle Situation noch durch den Ausfall von 38 Mio durch eine nicht einlagengesicherte Anlage bei der Greensill- Bank. Ich will an dieser Stelle nicht darüber diskutieren, ob der Verlust durch eine Anwendung der Anlagerichtlinie oder Sitzungen und Informationen des Anlagenbeirats im vorgeschriebenen Rhythmus hätte verhindert werden können und erst recht nicht über persönliche Verantwortung oder Schuld.

Worüber wir aber in jedem Fall diskutieren müssen, ist, welche Lehren wir aus dem Verlust ziehen. Offensichtlich ist ja unsere Anlagerichtlinie nicht so eindeutig formuliert wie zumindest ich mir das vorgestellt hatte. Der zwischenzeitliche Wegfall der Einlagensicherung für Anlagen von Kommunen bei Privatbanken hat darüber hinaus keinen Eingang in die Richtlinie gefunden.

Um Einlagenverluste in Zukunft zu verhindern, brauchen wir eine neue, politisch diskutierte und juristisch abgesicherte Anlagerichtlinie, die sich nach unserer Überzeugung auch auf kurz- und mittelfristige Anlagen beziehen muss. Es muss eindeutig definiert werden, wann eine Anlage überhaupt kurz-, mittel- und langfristig ist. Über langfristige Anlagen müssen wir uns auf absehbare Zeit ohnehin keine Gedanken machen, wie im Zusammenhang mit Greensill erstmals so offen und eindeutig von der Verwaltungsspitze geäußert wurde. Aber auch kurz- und mittelfristige Anlagen, in denen beispielsweise bereits verplantes Geld zwischengelagert wird, müssen sicher sein.

Eine quasi interne Dienstanweisung ist dazu keine Alternative.

Und was tut Monheim am Rhein? Es denkt nicht etwa über die Reduzierung zumindest noch nicht laufender Projekte nach, sondern plant eine Marina an einem Binnensee mit einem Kanal zum Rhein durch eine Ausgleichsfläche und eine beliebte Fuß- und Rad- Verbindung zwischen Monheim und Baumberg hindurch. Diese Ausgleichsfläche mit umfangreichen Ersatzpflanzungen hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem wertvollen Auenwald entwickelt, der durch den Kanal teilweise zerstört würde. Diese Fläche ist im Übrigen wie auch der See selbst Landschaftsschutzgebiet. Diese Marina braucht nach nicht nur unserer Überzeugung keine Monheimerin und kein Monheimer. Eine Freizeitnutzung des Greisbachsees ja, aber keinen Yachthafen – auch wenn das Projekt angeblich „nur“ noch 40 Mio. kosten soll. Auch die sollen sich natürlich ebenso wie die oben genannten Investitionen niemals amortisieren. Auch hier kann man froh sein, wenn der spätere Betrieb ohne weitere Verluste läuft.

Ja, den Investitionen stehen in der Regel erhebliche Werte gegenüber, die rechnerisch zweifellos Eigenkapital darstellen. Aber es ist eben nicht so, dass dieses Eigenkapital liquide gemacht werden kann, wenn dies beispielsweise für die Bedienung von Krediten oder die Bezahlung der Kreisumlage bei zurückgehenden Gewerbesteuerereinnahmen benötigt werden.

Keine andere Kommune und kein privater Investor wird eine Veranstaltungshalle in Monheim kaufen, wenn deren Betrieb allenfalls die laufenden Kosten, aber nicht die Gesamtinvestition deckt. Das Gleiche gilt für die Marina.

Monheimer Tor und Rathauscenter können theoretisch an einen privaten Investor verkauft und von diesem kostendeckend betrieben werden, wie unlängst an dieser Stelle behauptet, aber nur weil er den verlorenen Zuschuss nicht einkalkulieren muss, da dieser von der Stadt Monheim bezahlt wurde. Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Und Schulen u.ä. können und sollen sich niemals rechnen. Sie sind wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder, aber sie generieren keine Einnahmen, die die Finanzierungskosten decken.

Man kann sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass es der Ratsmehrheit und der Verwaltungsspitze durchaus zu pass kommt, wenn die Monheimerinnen und Monheimer leidenschaftlich z.B. über den vergleichsweise preisgünstigen Geysir diskutieren und weniger über die nicht nur finanziell wirklich problematischen Projekte.

Es gibt durchaus Maßnahmen, in die zu investieren wir für sinnvoll halten, wenn auch nicht im 3-stelligen Millionenbereich.

Wie auch die anderen Fraktionen haben wir Anträge gestellt, deren Realisierung auch Geld kosten (manchmal allerdings auch einsparen würde), die aber einen erheblichen Nutzen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger gehabt hätten.

Konjunktiv, denn wie es leider schon Tradition ist, wurden auch in diesem Jahr sämtliche Anträge der Grünen zum Haushalt abgelehnt – angeblich immer nach sorgfältiger Abwägung, die allerdings häufig nicht nachzuvollziehen ist.

Wie diese sorgfältige Abwägung beispielsweise zu dem Schluss kommen kann, die Förderung von privaten Fotovoltaik- Anlagen abzulehnen, weil sie ohnehin wirtschaftlich sind, die entsprechenden auch unterjährig von uns immer wieder geforderten Photovoltaik- Anlagen auf städtischen Gebäuden aber meist nicht zu realisieren, weil sie angeblich unwirtschaftlich sind, erschließt sich uns nicht.

Und selbst wenn sie sich nicht kurzfristig amortisieren würden – die Stadt hat eine Vorbildfunktion, wie sie auch in §4 des GEG formuliert ist

Die Installation von Photovoltaik- Anlagen auf öffentlichen und die Förderung von solchen Anlagen auf privaten Gebäuden könnte einen erheblichen sicheren und unproblematischen Beitrag zum Klimaschutz leisten – und wird daher auch in zahlreichen Kommunen selbstverständlich praktiziert – in Monheim am Rhein nicht. Ja, auch hier werden immerhin mehr Photovoltaik- Anlagen gebaut als früher und die Mega liefert an private Haushalte nur noch zertifizierten Ökostrom. Es reicht aber nicht, um den ehrgeizigen Klimaschutz- Zielen, die wir uns gesetzt haben, näher zu kommen. Dazu würde mehr beitragen, Strom auch tatsächlich vor Ort klimaneutral zu produzieren.

Zur Ausweitung von Photovoltaik- Anlagen würde auch die Festsetzung solcher Anlagen für Neubauten in Bebauungsplänen, wie sie lt. BauGB durch aus möglich wäre, beitragen. Auch dies passiert nicht. Immerhin werden solche Anlagen in neueren Bebauungsplänen nicht mehr verboten und das Verbot in älteren teilweise entfernt.

Wir werden zukünftig städtische Projekte, bei denen ohne guten Grund keine Solaranlagen vorgesehen sind und Bebauungspläne, in denen sie nicht festgelegt werden, in der Regel ablehnen müssen, da hier Chancen in Richtung einer klimaneutralen Energieerzeugung vertan werden, die bei der aktuellen Entwicklung des Klimas selbstverständlich sein müssten.

Es fällt mir zugegebenermaßen als Architekt nicht leicht, eigentlich gute und attraktive Planungen abzulehnen, „nur“ weil sie keine Solarzellen auf dem Dach haben – aber es geht eben nicht um „nur“, sondern um einen entscheidenden Mangel.

Der Umgang mit Anträgen und Argumenten der Opposition spricht nicht unbedingt für ein angemessenes Demokratieverständnis und eine gepflegte Diskussionskultur. Leider mehren sich in letzter Zeit auch persönliche Angriffe und Unterstellungen in diesem Haus – und die sind sicherlich nicht hilfreich.

Zu weiteren grünen Anträgen:

Wir haben beantragt, die der Verwaltung vorliegenden Informationen zu öffentlichen Bäumen im Geo- Informationssystem allgemein zugänglich zu machen und Bäume, deren Fällung geplant ist, mit einem QR-Code zu versehen. Dieser soll entsprechende Informationen, auch über vorgesehene Ersatz- und Nachpflanzungen, enthalten.

Außerdem haben wir Informationen zum kompletten Baumbestand und –Zustand und geplanten Fällungen beantragt, auch um zu vermeiden, dass die Entwicklung des Bestands durch Nacherfassung nicht nachvollziehbar ist.

Es wurde von der Verwaltung dargestellt, dass auch auf Grund unterschiedlicher Datengrundlagen die Entwicklung tatsächlich schwierig nachzuvollziehen ist.

Wie wir wissen, gibt es eine Liste mit weit gehender Erfassung der städtischen Bäume. Diese soll aber weder unserer Fraktion noch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, um sich in Ruhe damit beschäftigen zu können. Stattdessen wurde auf das Recht der Fraktion auf entsprechende Einsichtnahme verwiesen. Nach unserer Einschätzung ist aber nicht möglich, sich im Zuge eines Einsichtnahme- Termins einen tatsächlichen Überblick über die 10.000 Bäume zu verschaffen.

Wir haben ein Zero-Waste-Konzept beantragt, um systematisch Abfall zu minimieren, Einwegverpackungen zu vermeiden, die Kreislaufwirtschaft zu verbessern und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Abfallvermeidung ist nicht nur, aber auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Auch Gesundheitsgefahren durch Müllverbrennung in Drittländern, Mikroplastik u.a. werden verringert.

Der Antrag wurde abgelehnt, auch mit dem Hinweis auf fehlende Personalressourcen. Wenn für andere Projekte Personal fehlt, wird es eingestellt oder beispielsweise die Erstellung von Konzepten ausgelagert. Bei Themen, die der Verwaltung oder der Mehrheitsfraktion nicht genehm sind, geht das dann nicht.

Als Sofortmaßnahme im Zusammenhang mit der Pandemie haben wir beantragt, wegen der Zunahme von ToGo- Produkten, weggeworfenen Masken, die auch Umwelt und Tiere gefährden, u.a. zumindest zeitweise zusätzliche Abfallbehälter aufzustellen bzw. die vorhandenen häufiger zu leeren.

Abgelehnt.

Außerdem haben wir zur Abfallproblematik einen Abfallflyer beantragt, in dem in leichter Sprache und niederschwellig über Mülltrennung und –Vermeidung informiert wird. Die Verwaltung verweist in ihrer Stellungnahme darauf, dass entsprechende Informationen im Abfallkalender im Zusammenhang mit der städtischen Homepage zugänglich sind. Ja, sind sie, aber es ging darum, initiativ auf alle Teile der Bevölkerung zu gehen, Problembewusstsein zu entwickeln und Lösungen aufzuzeigen. Auch für die, die zunächst nicht im Abfallkalender und auf der Homepage recherchieren.

Abgelehnt.

Wir haben ein Investitionsförderprogramm für Dach- Photovoltaikanlagen für Wohn- und Gewerbegebäude beantragt, da der Ausbau der Photovoltaik, wie bereits beschrieben, ein zentraler Baustein zu Erreichung der Klimaziele sein kann und muss.

Außerdem haben wir ein Förderkonzept für sog. Stecker- PV- Geräte beantragt, die bei minimalem Installationsaufwand auf oder am Balkon, auf Terrassen u.a. installiert werden können und einen Teil des entsprechenden Haushaltsstroms erzeugen können. Diese Anlagen erzeugen natürlich weniger Strom als große Dachanlagen, aber auch sie tragen zur Stromerzeugung und nebenbei auch zur Bewusstseinsbildung bei.

Abgelehnt.

Auch mit noch so guten und konsequenten Klimaschutzmaßnahmen können wir den Klimawandel nicht mehr verhindern, sondern nur verringern und verlangsamen - und auch das erfordert konsequente Maßnahmen auf allen Ebenen. Und wir können und müssen Klimafolgen wie beispielsweise den Temperaturanstieg in der Stadt und damit auch Gesundheitsgefahren verringern.

Wir haben hierzu ein umfassendes Konzept beantragt.

Abgelehnt, u.a. mit dem Hinweis, dass Monheim zu klein ist, um sich mit Klimafolgen vor Ort zu beschäftigen. Warum sollen wir hier keine Flächenversiegelung vermeiden, Kaltluftschneisen schaffen und innerstädtische Bäume pflanzen statt sie zu fällen?

Wir haben Luftfiltergeräte für alle Grundschulklassen und Kindergarten- Gruppenräume beantragt, da diese Geräte die Luft in den Räumen sehr effektiv von Corona- Viren befreien und damit zum Schutz der Kinder selbst und auch ihrer Angehörigen vor Infektionen beitragen.

Abgelehnt. Mittlerweile wird das Impfangebot auch für Kinder ja erfreulicherweise ausgeweitet, aber auch das macht die Geräte nicht überflüssig.

Wir haben die Erstellung eines Konzepts und die Durchführung einer Ausbildungsmesse für Monheimer Schülerinnen und Schüler beantragt, als niederschwelliges Angebot sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für kleine und mittlere Unternehmen wie Handwerksbetriebe. Dazu ist die in der Stellungnahme der Verwaltung genannte Berufsorientierungsbörse keine Alternative, auch wenn diese in Zukunft teilweise in Monheim

stattfinden soll. Diese Veranstaltung ist zweifellos gut und bewährt, bietet aber vor Allem ein Forum für größere Betriebe, die sich z.B. mit umfangreichen Präsentationen darstellen, was kleine örtliche Betriebe so nicht leisten können. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Wir halten es vor dem Hintergrund der oben bereits geschilderten aktuellen finanziellen Situation der Stadt mit einem erheblichen Kreditvolumen und der auch durch die Pandemie unsicheren weiteren Entwicklung für unverantwortlich, so zu tun, als könnten wir das Geld weiterhin mit vollen Händen ausgeben. Wir können auch nicht davon ausgehen, dass gesichert ist, dass wir die Kredite über einen langen Zeitraum sicher und problemlos zurückzahlen könnten.

Daher haben wir die Überprüfung und ggfs. Zurückstellung bzw. Rückabwicklung von Projekten, bei denen keine Amortisation zu erwarten ist, beantragt – wie übrigens auch die CDU in einem ähnlichen Antrag. Abgelehnt.

Auch wegen des immensen Investitionsvolumens der Stadt haben wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen und Herrn Wiese die Aufstockung des Personals des Rechnungsprüfungsamts beantragt. Dies auch, damit dieses sich nicht nur auf die Prüfung von Rechnungen beschränken muss, sondern umfassend alle finanziellen Vorgänge untersuchen kann, bei denen es dem Amt aus eigener Initiative oder auf Antrag sinnvoll oder erforderlich erscheint. Abgelehnt.

Im Frühjahr haben wir über die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes diskutiert. Wesentliche Maßnahmen des Konzepts, ohne die nach dem Konzept die Klimaziele nicht annähernd zu erreichen sind, sind weitere Windkraftanlagen und eine kommunale CO₂-Abgabe. Beide sind u.a. juristisch zu prüfen – mit ungewissem Ausgang. Wir haben verschiedene Änderungen zum Klimaschutzkonzept vorgeschlagen, um es zu einem starken und effektiven Instrument zu machen, das uns den Klimazielen näher bringt, z.B.

- Stellenausweitung für das Klimaschutzmanagement
- Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Photovoltaik- Ausbau
- Klimafolgenanpassung
- Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit

Alle unsere Vorschläge wurden abgelehnt.

Neben der Stellenausweitung zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes haben wir auch eine Stellenausweitung für die Radverkehrsbeauftragte beantragt – für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes, aber auch um eigene Initiativen zu entwickeln, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und auch die Verwaltung selbst zu beraten und zu motivieren. Klimaschutz und damit verbunden auch die Förderung des Radverkehrs gehören zu den zentralen Aufgaben im Rahmen einer zukunftsfähigen Entwicklung – und wir haben den Eindruck, dass sie nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt werden.

Dass der Radschnellweg auf Monheimer Gebiet vorangetrieben wird, ist gut und wichtig, hilft aber nur bedingt, solange er noch nicht an ein über Monheim hinausgehendes Netz angebunden ist. Auch das Fahrradverleihsystem wird hoffentlich zur Ausweitung des Radverkehrs beitragen, wenn es in die Gänge kommt. Zur Förderung des Verkehrs auf geliehenen und eigenen Fahrrädern ist aber ein vollständiges Netz, auf dem Radfahrer sich komfortabel und sowohl gefühlt als auch tatsächlich sicher bewegen können, erforderlich – und hier hat sich leider in den vergangenen Jahren noch nicht viel getan.

Ja, Investitionen und Personalressourcen zum Klima- und Umweltschutz stecken nicht nur in den entsprechenden Produkten selbst, sondern z.B. auch in Hoch- und

Straßenbaumaßnahmen, aber eben auch dort in zu geringem Umfang. Siehe Photovoltaik u.a..

Mittlerweile konnten wir auch die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage nach Investitionen für Maßnahmen aus 2021 und für 2022 aus dem Klimaschutzkonzept würdigen. Zweifellos sind dort sinnvolle Maßnahmen genannt, aber insgesamt reichen die Maßnahmen nicht aus, um dem ambitionierten Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden, ausreichend näher zu kommen.

Zu einigen dort genannten Punkten im Einzelnen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Zunächst wird darauf hingewiesen, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers neu besetzt wurde. Das ist selbstverständlich und reicht nach unserer Überzeugung nicht aus, um die umfangreichen Maßnahmen zu betreuen. Daher haben wir eine weitere Stelle beantragt, was bekanntlich abgelehnt wurde.

Die genannte Installation von Photovoltaik- Anlagen auf 3 städtischen Gebäuden ist gut, aber solche Anlagen müssten auf allen städtischen Gebäuden installiert werden, solange nicht zwingende Gründe wie Statik oder Denkmalschutz dagegen sprechen.

Der Einstieg in die Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie kann sinnvoll sein – aber nur, wenn der erhebliche Energieaufwand zur Wasserstoff- Erzeugung klimaneutral gedeckt wird.

Das Förderprogramm für Sträucher und Bäume auf privaten Grundstücken ist gut und sinnvoll, aber nur ein Teil eines umfassenden Baumschutzes. Dazu gehört auch, bestehende städtische Bäume möglichst weit gehend zu erhalten und nicht, wie beispielsweise beim Gesundheitscampus, zu entfernen und dann durch letztlich einen Stadtbaum zu ersetzen. Das ist kein Ersatz.

Auch der Monheimer Klimawald ist ein gutes und sinnvolles Projekt, auch wenn es sich auf Monheimer Gebiet um eine symbolische Anpflanzung und nicht um einen Wald handelt. Vor Allem im Zusammenhang mit den Pflanzungen in Kolumbien macht das Projekt durchaus Sinn, aber auch dies mit überschaubarem Einfluss auf das Stadt- und Weltklima.

Dass dann im Zuge der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen allen Ernstes genannt wird, dass die Kommune das Gebäudeenergiegesetz berücksichtigt, muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen. Dies ist, wie der Name schon sagt, ein Gesetz, das von jedem privaten und öffentlichen Bauherrn eingehalten werden muss. Ob die dort geforderten Maßnahmen nach dem Stand der Technik angemessen und ausreichend sind, ist durchaus umstritten. Zu nachhaltigen Baumaterialien wie Beton mit klimaneutral erzeugtem Zement stellt das Gesetz keine konkreten Forderungen.

Zumindest im Neubau ist ein höheres Niveau wie Effizienzhaus 40 mit überschaubarem Mehraufwand relativ problemlos zu erreichen – und es wird gefördert. Wir werden auch in Zukunft in der Regel für städtische Projekte und für städtebauliche Verträge zu Bebauungsplänen mehr fordern als die Einhaltung einschlägiger Gesetze. Und wir werden in der Regel Projekte ablehnen, bei denen darauf ohne Grund verzichtet wird.

Die Maßnahmen zum Klimaschutz, die in der Stellungnahme genannt und auch im Haushalt vorgesehen sind, reichen bei Weitem nicht aus.

Wichtige Anträge, um dies zu verbessern, wurden abgelehnt, während in anderen Bereichen erhebliche Summen investiert werden – teilweise in Projekte, die wir grundsätzlich ablehnen oder in solche, die in der jetzigen Situation zumindest überprüft werden sollten.

Ein erheblicher Teil der vorgesehenen Ausgaben im Haushalt ist durchaus sinnvoll, aber unter dem Strich werden die falschen Schwerpunkte gesetzt.

Wir lehnen den Haushalt für 2022 ab.

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2022
Bleiben Sie gesund!